



Opferhilfe Mensch eV.

Bielfeldtweg 26 in [D-21682] STADE
Telefon: 0049-4141-8066147 Fax: 0049-4141-8066149

Max MUSTERMANN
Musterstraße 69

[DE-99999] MUSTERSTADT

OM, 23.10.2023

SPENDENBESTÄTIGUNG:

für die Steuerbehörde

**Opferhilfe für Menschen ist ein förderungswürdiger Zweck im Sinne des
§ 10 EStG in Verbindung mit Anlage 1 zu § 48 II EStG-Durchführungsverordnung
Spendenbeitrag (netto Steuerlast)
bitte beim Zivilschutz beachten – dieser ist von der Steuer befreit**

X.XXX,xx Euro

Mit der Spende werden Opfer von Kriegsverbrechen innerhalb der ukrainischen
Kinderstiftung im Zivilschutz unterstützt und zugleich der Zivilschutz gefördert.

(kurzlink) Stiftungsurkunden: <https://lmy.de/Jcw>

Registergericht CHB-GdM ANKARA

20191202-IZMR-00000001-7 > UKS [UA-02000] UA-CHF UKHS

Bundesrepublik – Grundlagen StGBI. Nr. 139/1918 vom 19.12.1918
Regulierungsakt öffentlicher Urkunden mit absoluter Beweiskraft:

Landesnotarin wiener Abkommen:

öffentlich diplomatische Urkunde: S 2183/2019 vom 02.12.2019
Susanne PÖLLMANN-BUDNICK, Am Hauptmarkt 11, [DE-90403] NÜRNBERG

Apostille haager Abkommen:

international haager Apostille: 910 a E 6476/2019 vom 04.12.2019
Margit ZORN, Vizepräsidentin
c/o Präsident des Landgerichts Nürnberg, Fürther Strasse 110, [DE-90429] NÜRNBERG

Link: https://chb-gdm.net/files/2019_12_03-UA-KHS_CHF---Ukraine-Kinder-Hilfe-Stiftung-Gesamtdokument-mit-diplomatischer-Apostille-DE-EN-RU-UA-ver-2019_12_26---0900.pdf

ja, diese § 10 EStG in Verbindung mit Anlage 1 zu § 48 II EStG-Durchführungsverordnung

analog

- § 2 AO - Abgabenordnung
- § 9 GewStG - Gewerbesteuerergesetz
- § 9 KStG - Körperschaftsteuergesetz
- §§ 13, 29 ErbStG - Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz
- Lastenausgleichsgesetz
- IDP-Regeln

Ansprüche nach den Steuergesetzen:

- Lastenausgleichsgesetz
- Flüchtlingshilfegesetz
- allgemeines Kriegsfolgengesetz
- Gesetz zur Regelung der Verbindlichkeiten nationalsozialistischer Einrichtungen
- Häftlingshilfegesetz, Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz sowie Bundesvertriebenengesetz,
- Vertriebenenenzuwendungsgesetz
- Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz
- berufliches Rehabilitierungsgesetz
- Ansprüche auf Entschädigungsleistungen
 - Bundesentschädigungsgesetz
 - Gesetz über Entschädigungen für Opfer des Nationalsozialismus im Beitrittsgebiet

Hinweis:

Die Opferhilfe Mensch e.V. ist beim CHB-GdM als karitativ tätig eingetragen. Rubrum, Rechtswahl und Gerichtsstand ist im zwingenden Völkerrecht CHB-GdM ANKARA.

Yilmaz GÜC, OM

Hinweis - Gerichtsstandsverpflichtung:

- Das Sozialgericht Stade hat am 14.12.2021 -Aktenzeichen S 25 SV 10/21 sowie am 25.03.2022 -Aktenzeichen S 25 SV 7/22 in der Zuständigkeit der ordentlichen Gerichtsbarkeit an den CHB-GdM ANKARA verwiesen.
- Die obere Bundesbehörde DRV-BUND hat ebenfalls in Art. 20 (1) GG des sozialen Bundesstaates Bundesrepublik Deutschland im Vorgang 58201062S051 SoT Kennzeichen 4920 vom 20.06.2022 die Zuständigkeit vom CHB-GdM ANKARA bestätigt.
- Hat ein Gericht den zu ihm beschrifteten Rechtsweg rechtskräftig für zulässig erklärt, sind andere Gerichte an diese Entscheidung gebunden.

Im Übrigen erstreckt sich die deutsche Gerichtsbarkeit auf andere Personen, soweit sie nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts, auf Grund völkerrechtlicher Vereinbarungen oder sonstiger Rechtsvorschriften von ihr befreit sind.

**Zwecke,
die allgemein als besonders förderungswürdig
im Sinne des § 10 b Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes anerkannt sind**

Abschnitt A

1. Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, insbesondere die Bekämpfung von Seuchen und seuchenähnlichen Krankheiten, auch durch Krankenhäuser im Sinne des § 67 der Abgabenordnung, und von Tierseuchen;
2. Förderung der Jugend- und der Altenhilfe;
3. Förderung kultureller Zwecke; dies ist die ausschließliche und unmittelbare Förderung der Kunst, die Förderung der Pflege und Erhaltung von Kulturwerten sowie die Förderung der Denkmalpflege;
 - a) die Förderung der Kunst umfaßt die Bereiche der Musik, der Literatur, der darstellenden und bildenden Kunst und schließt die Förderung von kulturellen Einrichtungen, wie Theater und Museen, sowie von kulturellen Veranstaltungen wie Konzerte und Kunstausstellungen, ein;
 - b) Kulturwerte sind Gegenstände von künstlerischer und sonstiger kultureller Bedeutung, Kunstsammlungen und künstlerische Nachlässe, Bibliotheken, Archive sowie andere vergleichbare Einrichtungen;
 - c) die Förderung der Denkmalpflege bezieht sich auf die Erhaltung und Wiederherstellung von Bau- und Bodendenkmälern, die nach den jeweiligen landesrechtlichen Vorschriften anerkannt sind; die Anerkennung ist durch eine Bescheinigung der zuständigen Stelle nachzuweisen;
4. Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe;
5. Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes und der Naturschutzgesetze der Länder, des Umweltschutzes, des Küstenschutzes und des Hochwasserschutzes;
6. Zwecke der amtlich anerkannten Verbände der freien Wohlfahrtspflege (Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V., Deutscher Caritasverband e. V., Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband e.V., Deutsches Rotes Kreuz e.V., Arbeiterwohlfahrt – Bundesverband e.V., Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V., Deutscher Blindenverband e.V., Bund der Kriegsblinden Deutschlands e.V., Verband Deutscher Wohltätigkeitsstiftungen e.V., Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte e.V., Verband der Kriegs- und Wehrdienststopfer, Behinderten und Sozialrentner e.V.), ihrer Unterverbände und ihrer angeschlossenen Einrichtungen und Anstalten;

7. **Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, für Flüchtlinge, Vertriebene, Aussiedler, Spätaussiedler, Kriegsoffer, Kriegshinterbliebene, Kriegsbeschädigte und Kriegsgefangene, Zivilbeschädigte und Behinderte sowie Hilfe für Opfer von Straftaten; Förderung des Andenkens an Verfolgte, Kriegs- und Katastrophenopfer einschließlich der Errichtung von Ehrenmalen und Gedenkstätten; Förderung des Suchdienstes für Vermisste;**
8. Förderung der Rettung aus Lebensgefahr;
9. Förderung des Feuer-, Arbeits-, Katastrophen- und **Zivilschutzes** sowie der Unfallverhütung;
10. **Förderung der Betreuung ausländischer Besucher in Deutschland, Förderung der Begegnungen zwischen Deutschen und Ausländern, in Deutschland sowie Förderung des Austausches von Informationen über Deutschland und das Ausland sowie Förderung von Einrichtungen, soweit diese Tätigkeiten dazu bestimmt und geeignet sind, der Völkerverständigung zu dienen;**
11. Förderung des Tierschutzes;
12. **Förderung der Entwicklungshilfe;**
13. Förderung von Verbraucherberatung;
14. **Förderung der Fürsorge für Strafgefangene und ehemalige Strafgefangene;**
15. Förderung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen;
16. Förderung des Schutzes von Ehe und Familien;
17. **Förderung der Kriminalprävention.**

Abschnitt B

1. Förderung des Sports;
2. Förderung kultureller Bestätigungen, die in erster Linie der Freizeitgestaltung dienen;
3. **Förderung der Heimatpflege und Heimatkunde;**
4. Förderung der nach § 52 Abs. 2 Nr. 4 der Abgabenordnung gemeinnützigen Zwecke.

Quellenhinweise
zwingendes Völkerrecht in der öffentlichen Ordnung:

UN-RES A/RES/217, UN-DOC. 217/A-(III)

UN-RES 56/83 Staatenverantwortlichkeit

in Verbindung mit Art.73, 53, 107 UN-Charta; Treuhandbewaltung vom Feindstaat

UN-RES 43/225

UN-DOC A/C.5/43/18

UN-RES A/66/462/Add.2

UN-A/RES/53/144

UN-A/RES/53/625/Add. ,

UN-DOC A/C.5/43/18 und UN/RES 66/164

in Verbindung mit Art. 95 UN-Charta,

Art. 1, 142, 144 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 - EU-RES 2009-C303-06

genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 – Zivilschutz

in Verbindung mit Art. 146-149 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51

in der Zuständigkeit des Völkerstrafrechtes

VStGB – Völkerstrafgesetzbuch - zwingendes Völkerstrafrecht

UN-RES A-RES 66/164

- Menschenrechtskommissare, Menschenrechtverteidiger, Menschenrechtbeistände

- Richtlinien 2012/29/EU des europäischen Parlamentes und Rates vom 25.10.2012 über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2001/220/JI
- UN-DOC E/CN.4/2000/62 -
Recht der Opfer schwerer Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten auf Restitution, Entschädigung und Rehabilitierung
- UN-RES A-RES 66/165 und E/CN.4/1998/53/Add.2 - Binnenflüchtlinge
- UN-RES A-RES 66/166 Minderheitenschutz
- Regeln der Staatenverantwortlichkeit UN-RES 56/83
- und im anwendbaren Zivilschutz des genfer Abkommens IV - SR 0.518.51 des zwingenden Völkerrechtes im öffentlichen Recht

sowie in den öffentlichen Ordnungsregeln der ROM-Statuten (Art. 6, 38-42 EGBGB)

- warschauer Aktionsplan von 2005 Good Governance gegen Armut bei Staatsversagen.
Förderung der Grundwerte von Menschenrecht, Rechtstaatlichkeit und Demokratie
Ständige Vertreter der Außenminister, CM-Dokumente (2005)80 final 17. Mai 2005
https://www.coe.int/t/dcr/summit/20050517_plan_action_de.asp

genfer Abkommen I-IV v. 12.08.1945 und Zusatzprotokolle

Völkerstrafrecht - ROM STATUT

AEMR = Allgemeine Erklärung der Menschenrechte v. 10.12.1948

IPBPR = Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte v. 19.12.1966

EMRK = Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten v. 4.11.1950

EcoSoC = Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte v. 19.12.1966

RATIFIKATION - RATIFICATION

Art. 155 genfer Abkommen IV - Geneva Agreement IV - SR 0.518.51

BEITRITTSCHUTZURKUNDE - ACCESSION PROTECTION CERTIFICATE

von - from

Prof. Mustafa-Selim SÜRMELEI - EGMR / ECHR 75529/01

als - as

SCHUTZMACHT (Zivilschutz) - PROTECTIVE POWER (civil protection)

im öffentlich-zwingenden Völkerrecht - in mandatory public international law



für das - for the

- genfer Abkommen I - Geneva Agreement I - SR 0.518.12
- genfer Abkommen II - Geneva Agreement II - SR 0.518.23
- genfer Abkommen III - Geneva Agreement III - SR 0.518.42
- genfer Abkommen IV - Geneva Agreement IV - SR 0.518.51
und Zusatzprotokolle - and additional protocols

in Verbindung mit der Staatenverantwortlichkeit - in connection with state responsibility

UN-RES 56/83

Zertifizierung und Ratifikation im Völkerrecht **Beweisurkunden mit absoluter Beweiskraft**

wiener Abkommen - Diplomatie:

Landesnotar Egmont BILZHAUSE jun., STADE, Urkunde 247/2020 vom 07.07.2020

haager Abkommen - Apostille:

Landgericht STADE, Apostille 9191 a 119– 133 /2020

als Beitritt in die genfer Abkommen durch Ratifikation:

SR 0.518.12, SR - 0.518.23, SR - 0.518.42, SR - 0.518.51

Beweis: Zustellungsurkunden - Art. 155-159 - SR - 0.518.51

BRD: RT963984265DE = RJ000105726DE und CH: 98.40.472361.14618493